

## Stabübergabe im Dorfmärt-Vorstand

**THALHEIM AN DER THUR** An der 17. Generalversammlung trat Barbara Keller als Präsidentin des Dorfmärt-Vereins zurück. Ihr Nachfolger heisst Marc Gutknecht. Das Ressort Verkehr bekleidet neu Matthias Bärtschi.

EVELYNE HAYMOZ

Gesucht und gefunden. So ist es dem Thalheimer Dorfmärt-Verein bei der Suche nach neuen Vorstandsmitgliedern ergangen. Eine solche war nötig, da die langjährige Präsidentin Barbara Keller zurücktreten und den Stab per Generalversammlung weitergeben wollte.

Auf einen Aufruf in der «Dorfposcht» hin meldete sich ein eingespieltes Tandem: Marc Gutknecht (44) und Matthias Bärtschi (42). Beide sind in Thalheim aufgewachsen und bekleideten bereits im Turnverein Ämter – der eine als Präsident, der andere als Oberturner.

An der 17. Generalversammlung vom Montag im Gemeinschaftsraum der Wohnbaugenossenschaft «Wole» wählten die anwesenden Mitglieder des Vereins Thalheimer Dorfmärt die beiden einstimmig in den Vorstand. «Wir haben schon immer gut zusammengearbeitet», so Marc Gutknecht über sich und seinen Kollegen. Er übernimmt

das Präsidium, Matthias Bärtschi das Ressort Verkehr. Beide organisieren gerne und freuen sich darauf, dazu beizutragen, dass «der schönste Anlass im Dorf» bestehen bleibt, wie sie im Gespräch sagten.

### Die ersten beiden Ehrenmitglieder

Durch die Versammlung führte noch Präsidentin Barbara Keller. Anstelle eines Jahresberichts in aller Kürze (kein Märt, zwei Sitzungen) bot sie einen historischen Rückblick. Dazu setzte sie beim ersten Markt an, der 1996 durchgeführt worden war. Die Zahl der Ausstellenden sei rasch gewachsen, und damit auch die Kosten. Indem 2005 der Verein Thalheimer Dorfmärt gegründet wurde, war es möglich, unterstützende Gelder von der Gemeinde zu beziehen. Barbara Keller, die in ihrer Laufbahn nur zwei Märkte verpasste, wie sie sagte, übernahm 2013 das Präsidium von Walter Jordi (AZ vom 22.3.2013).

Die beiden ehemaligen Präsidierenden wurden am Montag zu den ersten beiden Ehrenmitgliedern ernannt. Doch «der Markt lebt nicht vom Vorstand allein», wie Barbara Keller deutlich machte. Der Verein selbst zählt aktuell 35 Mitglieder. Mehr als 70 Freiwillige tragen jeweils dazu bei, dass der Anlass durchgeführt werden kann. Das nächste Mal soll es am 19. November so weit sein.



Nach langem Meinungsaustausch empfahl die Mehrheit der GV-Teilnehmenden, dass «Klar! Schweiz» weiterhin in der Regionalkonferenz vertreten sein solle, um so gut wie möglich Einfluss auf die Tiefenlagersuche nehmen zu können. Bild: sm

## Viele von «Klar! Schweiz» sind gegen Sachplan-Ausstieg

**MARTHALEN** Ernüchtert vom bisherigen Verlauf des Sachplans schlug die Hälfte des Vorstands von «Klar! Schweiz» den Ausstieg aus der Regionalkonferenz vor. 30 Vereinsmitglieder einigten sich am Ende des Mittwochsabends darauf, vorerst drinzubleiben.

«Raus oder nicht? Rote Linien von «Klar! Schweiz» bei der Endlagersuche» war die grosse Frage am Mittwochabend im Saal des Feuerwehrzentrums. 30 der rund 500 Mitglieder des atomkritischen Vereins diskutierten darüber im öffentlichen zweiten Teil des Abends, nach ihrer GV. Co-Präsidentin Käthi Furrer moderierte und sammelte die Voten als Basis für die (Konsultativ-)Abstimmung zum Schluss. Einen radikalen Kurswechsel müssten alle 500 Mitglieder beschliessen.

Schon 2016 hat sich die Jahresversammlung mit dem Verbleiben in der Regionalkonferenz befasst. Seither sind die Erfahrungen und auch die Ernüchterung weiter gewachsen. Aktuell ist der Vorstand geteilter Meinung: Fürs Bleiben plädierten Peter Kissling, Thomas Feer, Peter S. Weiller, fürs Gehen Peter Rüegg, Co-Präsident Jean-Jacques Fasnacht und Lorenz Nägeli. Noch unentschieden äusserten sich Käthi Furrer und Martin Ott.

Diese Meinungsgrenze verläuft nicht etwa zwischen «Insidern und Outsidern»: Fasnacht, Weiller, Feer, Rüegg und Ott arbeiten mehrheitlich seit der Gründung 2011 in der Regionalkonferenz mit, während Kissling,

Nägeli und Furrer dieses Partizipationsgremium nicht von innen kennen. Jean-Jacques Fasnachts Argumente für den Ausstieg verraten Ernüchterung: «Was haben wir erreicht? Wenig. Können wir mitbestimmen und mitgestalten? Nein. Unsere Funktion ist Zuhören, und die wichtigsten Gespräche werden uns verweigert. Wenn wir bis zuletzt bleiben, verhelfen wir diesem Prozedere lediglich zur Legitimation, die kritischen Stimmen seien stets eingebunden worden», sagte er.

Also besser aussteigen und die Energien in Widerstand ausserhalb der Institutionen stecken – so drückte es Lorenz Nägeli aus. Peter Rüegg ergänzte: «Die Würfel fallen im Herbst, der Rest wird sowieso nur noch Kosmetik.» Die nächsten sieben Jahre würden Bund, Kantone und die Behörden weitgehend untereinander verhandeln, in Anhörungen und Abgeltungsverhandlungen, «und da möchte ich nicht mehr dabei sein». «Herbst 2022» bedeute September, bestätigte Heinz Sager von der Nagra auf Nachfrage. Dann gibt die Nagra bekannt, für welche der drei Standorte sie bis Ende 2029 ein

Rahmenbewilligungsgesuch ausarbeiten will. Das Erscheinen des Nagra-Vertreters am öffentlichen Teil des Abends wurde übrigens kritisiert: «Es ist unerträglich, dass die Nagra uns seit Jahren an jeder Veranstaltung aushorcht», sagte eine Frau. Dieser Sachplan sei allen «vorgesetzt worden» und undurchschaubar, daher solle «Klar! Schweiz» lieber aussteigen, fand sie weiter.

Dafür und dawider – so sehen es Käthi Furrer und Martin Ott. «Den Slogan «Akzeptanz durch Partizipation» kann man auch so deuten: die gegnerischen Kräfte einbinden und beschäftigen.» Aber: Der Einsatz von «Klar! Schweiz» habe den Sachplan-Prozess in mehreren wichtigen Punkten besser und sicherer gemacht, sagte sie. Auch Martin Ott sieht die Möglichkeit, «drin und trotzdem Gegenbewegung zu sein». Er warnte, dass «die Lobby-Organisationen in der Regionalkonferenz ohne unseren Protest ungehindert arbeiten könnten». Die Mitglieder trugen weitere Argumente bei. Am Ende zeigte sich: Die aktive lokale Basis will, dass «Klar! Schweiz» vorerst möglichst nah dran bleibt und Einfluss nimmt. (sm)

Konsultativ-Abst.	GV 01.05.22	Drinbleiben	GV 01.05.22	Rausgehen	GV 01.05.22
Rausgehen	8	Einfluss wahrnehmen, Bedingungen stellen		Konkret oder zu wenig Einfluss von uns	
Bleiben	18	Entscheidung von Nagra, BFE... wo nötig analysieren und anfechten		Keine Informationen für die Öffentlichkeit von der BK	
Enthaltungen	4	Nur drinnen kann man etwas bewirken		Wichtig: unfassbar undurchschaubarer Sachplan	
		Drinbleiben und darauf warten, was der ASR bringt, Herbst 2022, dann entscheiden		Wir können nichts ändern am Ganzen, sind ausgeliefert	
		Schlange minimale Ziele erreicht werden			
		Auskommen, nicht aufgeben, zur besten Lösung beitragen			

Diese Pro- und Kontra-Liste kam im Lauf des Abends zusammen. Bild: sm



V.l.n.r.: Im Vorstand sind nach wie vor Corinne Stanzione, Agnes Bühlmann, Elsbeth Helfer und Ingrid Lüthi. Barbara Keller gibt das Präsidium an Marc Gutknecht weiter, der mit Matthias Bärtschi neu ins Gremium gewählt wurde. Bild: hay

### ABSTIMMUNG VOM 15. MAI

## Nationale Vorlage: Änderung Bundesgesetz über die Transplantation von Organen

### Pro: Ja zum Lebenretten

Rund vier Fünftel der schweizerischen Bevölkerung befürworten die Organspende. Aber nur zwei Prozent haben sich im Organspenderegister eingetragen. Etwa jeder Sechste trägt eine Organspendekarte bei sich in der Brieftasche. Und jeder Dritte hat seine Spendeabsicht gegenüber seinen Angehörigen geäussert. Da der Wille des Verstorbenen oft unbekannt ist, führt das oftmals zu einer Ablehnung der Organspende.

In der Schweiz warten fast 1500 Personen auf eine Organspende. Im letzten Jahr sind über 70 Betroffene gestorben, während sie auf ein Organ warteten. Das sind Menschen aller Altersgruppen, auch Kinder. Bei der neuen Lösung werden bei Verstorbenen, die keinen Widerspruch geltend gemacht haben, weiterhin die Angehörigen über deren Willen befragt. Sind keine Angehörigen er-

reichbar und ist kein Spenderausweis vorhanden, werden keine Organe entnommen. Mit der neuen Regelung soll den Angehörigen die Entscheidung leichter gemacht werden, da eher der Wille des Verstorbenen in dieser Hinsicht bekannt ist. Natürlich ist es auf jeden Fall immer noch besser und einfacher, wenn jeder zu seinen Lebzeiten seinen Willen in dieser Sache klar bekannt gibt.

Ganz sicher hat das neue Transplantationsgesetz nichts mit Zwangsorganspenden zu tun, wie wir es heute bereits an den Strassenrändern auf reisserischen Plakaten lesen können. Das ist populistische Angstmacherei. In die Filmwelt, in einen Thriller, würde solches schon eher hinpflanzen.

**Judith Waser, Rudolingen**  
Kantonsratskandidatin  
Die Mitte Bezirk Andelfingen

Ja empfehlen: Die Mitte, SP, Grüne, FDP, AL, GLP

### Kontra: Schweigen darf nicht einfach Zustimmung bedeuten

Bis anhin galt für Organspenden in der Schweiz die erweiterte Zustimmungslösung. Organe durften einer Person nur entnommen werden, wenn diese oder die Angehörigen der Entnahme zugestimmt hatten. Das Parlament will dies ändern. Im Transplantationsgesetz soll neu die Widerspruchsregelung eingeführt werden: Jede Person, die nicht zu Lebzeiten einer Organspende widersprochen hat, wird automatisch zum Organspender. Schweigen bedeutet plötzlich Zustimmung!

Eine totale Umkehrung des Prinzips. Für jede medizinische Handlung, selbst für eine Blutentnahme, braucht es eine ausdrückliche Zustimmung. Der grösste Eingriff überhaupt, die Organentnahme, soll aber plötzlich ohne Zustimmung möglich sein! Falls eine Person sich zu Lebzeiten nicht geäussert hat, würden zwar die Angehörigen

befragt. Sie können aber nur dann gegen die Organentnahme Widerspruch einlegen, wenn sie glaubhaft machen können, dass die verstorbene Person die Organspende abgelehnt hätte. Der Druck auf die Angehörigen wird gross, für die Entscheidungsfindung fehlt die nötige Zeit.

Mit dieser Gesetzesänderung wird auch die Verfassung verletzt. Das garantierte Menschenrecht auf Selbstbestimmung und Unversehrtheit des Körpers würde nicht mehr vorbehaltlos gelten, sondern müsste speziell eingefordert werden. Der Bundesrat wirbt für die Gesetzesänderung mit dem Argument, dass die Widerspruchsregelung zu mehr Organspenden führe. Nachweisen lässt sich dies nicht. Die EVP-Delegierten empfehlen mit 82 zu 5 Stimmen ein Nein.

**Maja Müller, Dätwil, Co-Präsidentin**  
EVP Bezirk Andelfingen

Nein empfehlen: EVP, SVP, EDU

